

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Zypern-Gespräche

(spk) George Wassiliou, Präsident der Republik Zypern, und Rauf Denktaş, Führer der Türkisch-Zyprioten, haben am UNO-Sitz in New York zweitägige Gespräche beendet. Weitere Verhandlungen über den seit 1974 schwelenden Zypern-Konflikt sollen im Juni folgen, wie beide Seiten am Donnerstag bekanntgaben.

Kopelew darf in die UdSSR

Der sowjetische Autor und Germanist Lew Kopelew hat laut der «Neuen Ruhr/Neuen Rhein-Zeitung» (Nordrhein-Westfalen) vom Freitag überraschend die Einreiseerlaubnis in die UdSSR erhalten. Es werde erwartet, dass Kopelew schon seinen 77. Geburtstag vom Sonntag in Moskau feiern kann. Kopelew war 1981 ausgebürgert worden und lebt seither in Köln.

Botschafter für Mudjaheddin

Präsident George Bush hat einen «Sondergesandten für den afghanischen Widerstand» im Rang eines Botschafters ernannt. Wie das Außenministerium in Washington am Donnerstag dazu erklärte, bedeutet die Ernennung keine formelle Anerkennung der Exil-Regierung der Mudjaheddin oder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Gewaltopfer auf Sri Lanka

Durch die Explosion von Landminen sind am Freitag im Süden Sri Lankas elf Polizisten getötet und drei weitere schwer verletzt worden. Laut Polizei-Angaben setzen insbesondere tamilische Rebellen Landminen ein. Schon am Donnerstag hatten diese 24 Soldaten der indischen Friedenstruppen auf gleiche Weise getötet.

Genscher wieder im Amt

Der westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) wird am Montag nach fünfwöchiger Krankheit seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen.

Deutliche Erhöhung der Hypotheken

Der Bestand an Hypotheken hat in unserem Land innert Jahresfrist deutlich zugenommen. Nach der Bankstatistik erhöhten sich die Hypothekendarlehen bei den drei liechtensteinischen Banken 1988 auf 1,517 Milliarden (1,314 Milliarden) Franken. Der private Wohnungsbau, also Einfamilienhäuser oder selbst bewohnte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sowie Eigentumswohnungen, erreichte einen Stand von 884,553 (757,904) Millionen Franken. Der allgemeine Wohnungsbau, der gemäss Statistik Mehrfamilienhäuser oder Anlageobjekte umfasst, erhöhte sich auf 407,594 (366,996) Millionen Franken. Die industriellen und gewerblichen Bauten machen einen Bestand von 146,795 (118,404) Millionen Franken aus, während die landwirtschaftlichen Bauten einen Umfang von 78,834 (70,757) Millionen Franken erreichen.

Schöner arbeiten mit LISTA

33 Center

A. BICKL AKTIVBESITZGESELLSCHAFT
NEUCHÂTEL, P.O. BOX 118
TELEFON 078/8 83 77

Wachstum der drei FL-Banken

Guter Geschäftsverlauf im Jahre 1988 – Zahlen der Bankstatistik

(G.M.) – Der Geschäftsverlauf der drei liechtensteinischen Banken – Landesbank, Bank in Liechtenstein und Verwaltungs- und Privat-Bank – war im Jahr 1988 durch ungebrochenes Wachstum gekennzeichnet. Zu dieser Auffassung gelangt das Amt für Volkswirtschaft bei der Kommentierung der soeben herausgegebenen Bankstatistik. Die Bilanzsumme hat sich um 13,7 Prozent auf 13,4 (11,8) Milliarden Franken erhöht. Der Reingewinn nahm um 7,7 Prozent auf 77,8 (72,2) Millionen Franken zu.

Auf der Aktivseite erreichten die Bankendebitoren auf Zeit 6,375 Mio. Fr., wovon 5,200 Mio. Fr. aus dem Frankenwährungsgebiet stammen. Die Kassa-, Giro- und Postcheckguthaben werden mit 747,7 Mio. Fr. ausgewiesen, die Hypothekendarlehen mit 1,518 Mrd. Fr. und die Wertschriften mit 1,103 Mrd. Fr.

Auf der Passivseite ragen wertmässig die Kreditoren auf Zeit mit 4,787 Mrd. Fr. und die Kreditoren auf Sicht mit 2,141 Mrd. Fr. hervor. Ein erheblicher Anteil, nämlich 3,340 Mrd. Fr. bei den Kreditoren auf Zeit und 1,653 Mrd. Fr. bei den Kreditoren auf Sicht, wird dem Frankenwährungsraum zugeordnet. Die Spareinlagen bei den drei Banken werden mit

2,117 Mrd. Fr. beziffert, wovon 1,531 Mrd. Fr. aus Liechtenstein und der Schweiz stammen. Die Kassenobligationen weisen einen Stand von 1,460 Mrd. Fr. auf.

Die Gesamterträge der drei Banken beliefen sich auf 609,7 Mio. Fr. Die Aktivzinsen stehen dabei mit 468,2 Mio. Fr. zu Buche, der Kommissionsertrag mit 48,7 Mio. Fr. und der Wertschriftenertrag mit 45,1 Mio. Fr. Aus dem Handel mit Devisen und Edelmetallen resultierte ein Ertrag von 23,5 Mio. Fr., während das Geschäft mit Wechsel und Geldmarktpapieren einen Ertrag von 18,4 Mio. Fr. erbrachte.

Die Aufwendungen für das Personal, dessen Bestand auf 1009 (930) Beschäftigte anstieg, beliefen sich auf 68,2 Mio. Fr. Die Geschäfts- und Bürokosten stehen mit 26,3 Mio. Fr. zu Buche, an Steuern wurden dem Staat 6,7 Mio. Fr. abgeliefert. Der Reingewinn nahm auf 77,8 Mio. Fr. zu.

Gesamthaft werden vom Reingewinn 54,2 Mio. Fr. für Ausschüttungen (Dividenden, Verzinsung des Dotationskapitals und Gewinnablieferung an den Staat) aufgewendet. An die Reserven werden 23,4 Mio. Fr. zugewiesen.

Anliegen des Rechtsstaates

Forderung nach Untersuchungskommission besteht weiterhin

(G.M.) – «Die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erwartet eine Untersuchung und Aufklärung der Vorfälle im und um den Staatsgerichtshof, die im Zusammenhang mit dem Bericht des Staatsgerichtshofpräsidenten aktualisiert wurden.» Diese Auffassung vertritt FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt in einem VOLKSBLATT-Interview (siehe Seite 3 der heutigen Ausgabe) und weist auf das Wahlergebnis hin, das der VU den Verlust der absoluten Mehrheit der Stimmen brachte.

Die Frage nach dem «Wie weiter?» im Fall «Staatsgerichtshof» und im Zusammenhang mit der Forderung nach einer parlamentarischen Untersuchungskommission stand in den letzten Wochen in der Bevölkerung immer wieder im Zentrum von Diskussionen. Nun hat FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt in einem Interview erklärt, dass die Forderung nach Bestellung einer Untersuchungskommission des Parlaments weiterhin bestehe, da der seinerzeitige Antrag der FBP-Fraktion im Landtag noch behandelt worden sei. Bekanntlich sträubte sich die VU-Fraktion in der Landtagssitzung vom 21. Dezember 1988, der Bestellung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zuzustimmen, was zum Auszug der FBP-Fraktion aus dem Landtag führte, um ihren Willen durchzusetzen. Die Verhandlungen der beiden Fraktionen führten zu keinem Er-

gebnis, so dass schliesslich vorgezogene Neuwahlen durchgeführt wurden.

FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt bezeichnet in dem Interview die Forderung nach Bestellung einer parlamentarischen Untersuchungskommission als ein «fundamentales Anliegen des Rechtsstaates» und weist darauf hin: «Letztlich ist jede rechtsuchende Bürgerin und jeder rechtsuchende Bürger davon betroffen, denn wenn in einem Rechtsstaat der Staatsgerichtshof, der als Hüter des Rechts bezeichnet wird, nicht richtig funktioniert, ist das Recht nicht mehr garantiert.»

Die Verfassungsmässigkeit einer parlamentarischen Untersuchungskommission steht für Dr. Alois Ospelt ausser Zweifel, nachdem sich verschiedene Juristen – und nun auch ein Verfassungsrechtler – von Beginn an für die Zulässigkeit von Untersuchungskommissionen ausgesprochen haben.

Primarschulerweiterung und Parkgarage in Schellenberg

Am 21./23. April 1989 Gemeindeabstimmung über die beiden Baukredite

In zwei Wochen, am 21./23. April 89, gelangt in Schellenberg eine Gemeindeabstimmung über die beiden Baukredite für die Erweiterung der Primarschule und die damit verbundene Realisierung einer Parkgarage zur Durchführung. Für die Schulhauserweiterung sind 6,263 Millionen Franken und für die auf 27 Plätze ausgerichtete Parkgarage 947 500 Franken vorgesehen, wobei das Land für beide Projekte eine Subvention von jeweils 30 Prozent der Kosten zugesagt hat. Durch die Parkgarage können die durch den Erweiterungsbau der Primarschule wegfallenden Parkplätze im Dorfczentrum ersetzt werden, ohne dafür wertvolle Grünfläche verbauen zu müssen. Mit einem überzeugten «Ja» zu beiden Kreditvorlagen können in Schellenberg somit zwei wertvolle Investitionen in die Zukunft der Gemeinde befürwortet werden.

Im März 1987 hat der Schellenberger Gemeinderat aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen – in fünf Jahren wird beispielsweise die letztjährige Schülerzahl (45) ohne Einberechnung von Neuzugänglern fast verdoppelt (80) sein – beschlossen, den bis anhin ins Auge gefassten Ausbau des zweiten Stockwerks der Primarschule fallen zu lassen und stattdessen einen Projektwettbewerb für den Um- und Erweiterungsbau des Schulhauses auszuschreiben. Die Jurierung der 13 eingereichten Projekte ergab im Dezember 1987, dass das vom Architekturbüro Bargetze und Nigg verfasste Projekt «Schule und Dorfplatz» zur Weiterbearbeitung in Auftrag gegeben wurde. Nachträglich hat der Gemeinderat im März 1988 beschlossen, zusätzlich zur Schulhauserweiterung die Planung einer Tiefgarage zwischen Schulhaus und Gemeindehaus in Planung zu geben. Wie in der soeben erschienenen Broschüre ausgeführt wird, wird das aufgrund vieler Kommissionssitzungen und Besprechungen nun vom Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegte Bauprojekt auch von der Schellenberger Lehrerschaft voll unterstützt.

Situation und Erschliessung

Gemäss Architekturbericht wird das Projekt so gestaltet, dass ein einfacher und klar aufgebaute Längskörper, welcher dem Altbau mit einem transparent gestalteten Zwischentrakt westlich angegliedert wird, die Schulhauserweiterung aufnimmt. Der neue Zugang erfolgt vom Dorfplatz über den darin integrierten neuen Pausenbereich. Dadurch entfallen die bisherigen Parkplätze im Dorfczentrum. Sie werden durch die Erstellung einer Tiefgarage mit 27 Abstellplätzen



Modellansicht der Schulhauserweiterung (links) mit dem hinten angegliederten Neubaustrakt und der Parkgarage, zu welcher die Einfahrt vorne (links im Bild) erfolgen würde.

sowie zwölf Parkplätzen für Postkunden und Besucher von Schule und Gemeindeverwaltung ersetzt. Der Gemeinderat hat sich nicht nur aus praktischen Überlegungen (bessere Zugänglichkeit zu den in das Schulhaus integrierten Räumlichkeiten) für die Variante einer Tiefgarage entschieden. Vielmehr ist er der Ansicht, dass die Gemeindebehörde gerade in der heutigen Zeit höchstes Interesse an einem schonenden Umgang mit unseren Bodenreserven haben muss. Gerade im baulich ohnehin schon stark belasteten Dorfczentrum ist es wichtig, die bestehenden Grünflächen nach Möglichkeit erhalten

zu können. Als Alternative zur Parkgarage würde sich allenfalls die Wiese südlich des Schulhauses anbieten. Mit dem von 15 auf 30 Prozent erhöhten Subventionssatz hat auch das Land Liechtenstein signalisiert, dass es die Argumentation der Gemeindebehörde für eine Parkgarage unterstützt. Nach Abzug der Subventionen würden der Gemeinde für die Parkgarage somit noch Kosten von 663 000 Franken entstehen.

Im Vorfeld der Abstimmung findet am kommenden Samstag, 15. April 89, für Interessierte eine Informationsversammlung statt.

Benzin wird am Montag teurer

Drei Rappen bei Super und Bleifrei – Diesel unverändert

Zürich (AP) Die führenden Benzinfirmen der Schweiz haben für kommenden Montag einen erneuten Preisaufschlag von drei Rappen angekündigt. Die neuen Referenzpreise betragen für Superbenzin nun 1,19 Franken und für den bleifreien Treibstoff 1,11 Franken, während der Preis des Diesels mit 1,09 Franken unverändert bleibt. Die Benzinfirmen begründen die Preiserhöhung mit einem massiven Anstieg der Einkaufskosten am Rotterdamer Markt.

Es handelt sich bereits um die sechste Anhebung des Benzinpreises seit Anfang Jahr. Letztmals waren die Preise für Su-

perbenzin und Bleifrei am vergangenen Montag um drei Rappen gestiegen. Die Referenzpreise liegen nun um 14 Rappen über dem Stand von Anfang Jahr. Mit dem ab Montag gültigen Benzinpreis wurde nach Angaben von Shell-Sprecher Eric Zanetti das höchste Preisniveau seit dem 31. Januar 1986 erreicht.

Nebst den hohen Einstandspreisen am Rotterdamer Markt hat sich offenbar auch der milde Winter auf die Benzinpreise ausgewirkt. Weil die Raffinerien weniger Heizöl produzierten, sei auch das Benzinangebot knapper geworden.

Über 66000 Sparhefte

Bei den drei liechtensteinischen Banken waren Ende 1988 insgesamt 66 321 Sparhefte – einschliesslich der Sparkonten – deponiert. Die Einlagen machten eine Summe von 1,531 Mrd. Fr. aus. Gemäss Bankstatistik des Amtes für Volkswirtschaft weisen rund die Hälfte der Sparhefte und Sparkonten eine Einlage bis 5000 Fr. auf. Ende 1988 wurden insgesamt 31 315 Sparhefte mit einer Gesamtsumme von 40,225 Mio. Fr. registriert.

Einlagen von 5000 bis 10 000 Fr. wiesen 7618 Sparhefte mit einer Gesamtsumme von 54,030 Mio. Fr. auf, in der Einlageklasse von 10 000 bis 20 000 Fr. waren es 8783 Sparhefte mit einer Summe von 122,760 Mio. Fr.

Sehr stark vertreten sind die Sparkonten mit einem Stand von 20 000 bis 50 000 Fr. Von dieser Kategorie wurden 10 237 Stück gezählt, deren Volumen gesamthaft 317,940 Mio. Fr. betrug.

Übersicht über Veranstaltungen

Liebe Leserinnen und Leser, Sie finden im Innern dieser Ausgabe heute zum ersten Mal unseren neu gestalteten Veranstaltungskalender. Diese Übersicht über Veranstaltungen in unserem Land und in der Region wird in Zukunft jeden Freitag erscheinen und bis Freitag der darauffolgenden Woche informieren. Damit die Angaben möglichst umfassend sind, bitten wir alle Veranstalter um Bekanntgabe ihrer Termine bis jeweils spätestens Mittwoch einer Woche. Wir hoffen, dass Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, diese neue Seite gefällt und sind für Verbesserungsanregungen jederzeit dankbar.

DER GROSSE AUGEN
BLICK

federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÖNAUSTR. 1, 9470 BUCHS, TEL. 085/62818